

Abstimmung vom 26.11.1989

Überraschung: Ein Drittel stimmt für die Abschaffung der Armee

**Abgelehnt: Volksinitiative «für eine Schweiz ohne
Armee und für eine umfassende Friedenspolitik»**

Brigitte Menzi

Dieser Artikel ist erstmals 2010 im «Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007» erschienen, welches von Wolf Linder, Christian Bolliger und Yvan Rielle herausgegeben und beim Haupt Verlag publiziert wurde.

Empfohlene Zitierweise: Menzi, Brigitte (2010): Überraschung: Ein Drittel stimmt für die Abschaffung der Armee. In: Linder, Wolf, Christian Bolliger und Yvan Rielle (Hg.): Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007. Bern: Haupt. S. 462–464.

Herausgeber dieses Dokuments: Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. www.swissvotes.ch.

VORGESCHICHTE

Überrascht, verunsichert und erfreut zeigte sich die Schweiz am Abend des 26. November 1989: Entgegen den Erwartungen stimmen an diesem Tag 35,6 Prozent der Stimmenden der Initiative «für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik» und damit einem der radikalsten Begehren seit Bestehen des Bundesstaates zu.

Lanciert wird dieses Volksbegehren 1985 von der «Gruppe für eine Schweiz ohne Armee» (GSoA), die – im Gegensatz zu ihren drei weniger extremen Vorgängerinnen in den 1950er-Jahren, von denen keine bis zur Volksabstimmung gelangte – nichts weniger als die Abschaffung einer der staatstragenden Institutionen der Schweiz fordert. Geschehen soll dies über eine Änderung der Verfassung, welche um den Grundsatz der Gewalt- bzw. «Armeelosigkeit» auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene erweitert werden soll. Gefordert wird zudem eine «umfassende Friedenspolitik» mit dem Ziel der Förderung von Selbstbestimmung und Solidarität unter den Völkern. Den Initianten geht es weniger um die tatsächliche Verwirklichung dieses Anliegens – kaum jemand glaubt ernsthaft an einen Sieg – als darum, ein Zeichen zu setzen und die Diskussion über die Neuausrichtung der Armee (Problem der Dienstverweigerer, Stellung der Militärgerichte, Demokratiedefizit) weiter voranzutreiben.

Der Bundesrat empfiehlt die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung. Im Nationalrat löst das Begehren heftige Grundsatzdiskussionen aus, obwohl sich nur wenige Parlamentarierinnen und Parlamentarier hinter die Vorlage stellen. In einer namentlichen Abstimmung lehnt der Nationalrat die Initiative mit 172 zu 13 Stimmen bei sieben Enthaltungen ab. Einzelvorstösse (Zivildienst, Schaffung eines Umweltfonds, Waffenmoratorium) bleiben chancenlos. Der Ständerat lehnt die Initiative gar einstimmig ab.

GEGENSTAND

Nach dem Willen der Initianten soll die Bundesverfassung bestimmen, dass die Schweiz keine Armee hat. Bund, Kantone, Gemeinden und Privaten soll untersagt werden, militärische Streitkräfte auszubilden oder zu halten, und die Schweiz soll eine umfassende Friedenspolitik entwickeln. Für die Umsetzung der revidierten Art. 17 und 18 BV sieht die Initiative eine Frist von zehn Jahren vor.

ABSTIMMUNGSKAMPF

Während die bürgerlichen Parteien und die extreme Rechte die Initiative geschlossen ablehnen, tut sich die SP mit einer einheitlichen Positionierung schwer: Vertreterinnen und Vertreter des pazifistischen Parteiflügels unterstützen das Begehren, während der moderate Flügel der SP sowie die Parteispitze sich grundsätzlich hinter die Armee stellen. Die Kampagne der Initianten zeichnet sich durch grosse Kreativität aus: Als Werbeträger fungieren T-Shirts und Weinetiketten, das «Stop the Army»-Konzert in Bern ist ein Erfolg. Namhafte Kulturschaffende, darunter Friedrich Dürrenmatt und Max Frisch, setzen sich für das Anliegen ein. Befürwortet wird die Initiative von der Partei der Arbeit, den Jungsozia-

listen, diversen pazifistischen Organisationen sowie den POCH (Progressive Organisationen Schweiz). Die Grünen und schliesslich auch die SP beschliessen Stimmfreigabe.

Der Bundesrat und die übrige Gegnerschaft berufen sich auf die bewaffnete Neutralität, welche eine Armee zur Verteidigung des Territoriums voraussetze. Die neue Weltordnung sei noch zerbrechlich, und künftige Kriege seien nicht auszuschliessen. Deshalb sei auch eine nachhaltige Friedens- und Entwicklungspolitik nur in Kombination mit einer funktionierenden Landesverteidigung möglich. Die Milizarmee sei ein Grundpfeiler der Unabhängigkeit der Schweiz und garantiere nicht zuletzt auch innere Sicherheit. Der Bundesrat verweist zudem auf den rein defensiven Charakter der Schweizer Armee und deren wirtschaftliche Bedeutung für das Land.

ERGEBNIS

Bei einer sehr hohen Beteiligung von 69,2% lehnen 1 033 797 oder 64,4% der Stimmenden die Initiative ab. 1 052 218 oder 35,6% setzen sich für die Armeeabschaffung ein. Zwei Kantone (Genf und Jura) befürworten die Vorlage. Die anderen 21 Kantone stützen die Haltung von Bundesrat und Parlament. In der Analyse fällt die starke Polarisierung auf, gegensätzliche Mehrheiten finden sich vor allem bei den Parteianhängerschaften und nach Altersgruppen: Wer bürgerliche Parteisympathien hegt, zeigt kaum Verständnis für die Armeeabschaffung. Die ermittelten Neinanteile schwankten zwischen 91 % (SVP und FDP) und 84% (CVP). Hingegen befürworteten Mehrheiten der SP-Anhängerschaft (64% Ja), der Grünen (79%) und der POCH/PdA (92%) das GSoA-Anliegen. Diametral gegeneinander standen auch die Generationen. Mehrheiten ergaben sich unter den Stimmenden, die nach 1950 geboren sind. Die 20- bis 30-Jährigen sagten im Verhältnis von drei zu zwei Ja zur Abschaffung der Armee; die 30- bis 40-Jährigen waren in zwei genau gleich starke Lager gespalten. Die über 60-Jährigen verwarfen das Anliegen der GSoA äusserst wuchtig. Erklärt wird dies durch den Wandel von Werthaltungen: Generationen, die ihr politisches Weltbild in den Kriegsjahren oder unmittelbar danach formiert haben, hängen stärker materiellen Werthaltungen (Sicherheit, wirtschaftliches Wachstum) an. Wer hingegen in den späten 1960er-Jahren oder danach politisiert wurde, stellt nicht materielle Werte ins Zentrum und wendet sich in hohem Masse von der Armee ab. Nur von mittlerer Stärke waren die Gegensätze zwischen den Bildungsschichten und bezüglich der gesellschaftlichen Integration. Sprachzugehörigkeit und Geschlecht waren für einmal keine relevanten Konfliktlinien. Auffallend viele junge Männer stimmten aber für die Abschaffung der Armee – wohl auch aus persönlichen Kosten-Nutzen-Abwägungen.

Die Gründe für den überraschend hohen Ja-Anteil liegen gemäss Abstimmungsanalysen einerseits im Verhalten der «neutralen» (also losgelöst von parteipolitischen Überlegungen entscheidenden) Teilnehmenden,

welche sich insgesamt eher armeekritisch zeigen, andererseits in der sehr guten Mobilisierung den Armeegegner. Von diesen bezeichnen sich 20% als «grundsätzliche Armeegegner», ein Drittel der Jastimmenden gibt an, primär einen Denkmittel erteilt zu haben.

Die Motive für ein Ja sind vielfältig: Zu hohe Ausgaben für die Armee, verstärktes Engagement für den Frieden, Sinnlosigkeit militärischer Verteidigungsbemühungen, persönliche Erfahrungen oder die Forderung nach bestimmten Reformen (Zivildienst, Abschaffung Militärjustiz) gaben den Ausschlag. Zwei grundlegende Motive prägten das Nein Lager: Für 36% der Neinstimmenden war das Argument «jedes Land hat eine Armee, die eigene oder eine andere» (Vox Nr. 38) ausschlaggebend. Sicherheitspolitische Nutzen-Überlegungen nennen 28% zuerst; ihnen erscheint die Armee als Garant für die Unabhängigkeit der Schweiz.

QUELLEN

BBI 1988 II 967; BBI 1989 I 1033. Erläuterungen des Bundesrates. APS 1985 bis 1989: Landesverteidigung. Vox Nr. 38. Bühlmann et al. 2006: 42–47.

Ein Literaturverzeichnis mit den ausführlichen bibliographischen Angaben finden Sie auf unserer Website www.swissvotes.ch.